

Don. Lud.

*XL* 2

**F e y e r**  
der **Wieder = Eröffnung**  
des **Gerichts = Jahres**  
i n  
**RHEIN = BAYERN,**  
am 2. November 1830.

*Don. Cat. X<sup>6</sup>, 12*

**Geschenk**

**Seiner Majestät des Königs Ludwig I.**

aus

**Hochstefen Privatbibliothek.**

<36601545130014

<36601545130014

Bayer. Staatsbibliothek

# Zwei Reden

gehalten bei der

## Feyer der Wieder-Öröffnung

des Gerichtsjahres,

am königl. bayer. Appellations-Gerichte des Rheinkreises  
in Zweibrücken,

am 2. November 1830.

---

ü b e r

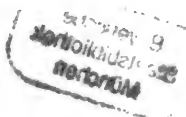
- 1) Die Justizverwaltung des verwichenen Jahres, und deren Resultate,
- 2) Das mündliche öffentliche und das schriftliche geheime Verfahren vor Gericht, und einen Prozedur-Coder, nebst einigen Bemerkungen über
- 3) Die politischen Zeitereignisse.

---

Kaiserslautern.

Druck und Verlag von J. P. M. Kohlhepp.

1 8 3 0.



1901

2. *Phyllanthus* *filifolius*

1940-1941

U. S. GOVERNMENT PRINTING OFFICE

$$f_{\alpha} = \frac{1}{N} \sum_{j=1}^N f_j(\theta) \quad \text{with } f_j(\theta) = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n f(\theta; x_i^{(j)}, y_i^{(j)})$$

*Journal of Management Studies*, 1987, 20(6), 631-642

Downloaded from <http://ajphaphysocpharm.sagepub.com/> at 11:06 11 September 2014

2000

1944

10-21-1964  
10-22-1964  
10-23-1964

*Journal of Management Studies*, 1986, 23(1), 7-10.

1917

$$y_{i+1}^k = y_i^k + (1 - \theta) \frac{f(y_i^k) - f(y_{i-1}^k)}{f(y_i^k) - f(y_{i-1}^k)} y_i^k + \theta \frac{f(y_i^k) - f(y_{i-1}^k)}{f(y_i^k) - f(y_{i-1}^k)} y_{i-1}^k$$

1966

Bayerische  
Staatsbibliothek  
München

# **K e d e**

des K. General-Prokurators am königlichen Appellations-  
Gerichte für den Rheinkreis, Staats- u. Reichsrath,

**Ludwig von Koch.**

(So wie dieselbe in den Annalen der Rechtspflege in  
Rheinbayern von Herrn Appellations-Gerichtsrath  
Hilgard mitgetheilt wird.)

Q. 1000

1. The first of the three is the "General  
Statement" which is a summary of the  
entire case.

2. The second is the "Particulars" which  
are the details of the case.

## Meine Herren!

Bei dem Wiederbeginn der gewöhnlichen Arbeiten des k. Appellationsgerichtes, nach abgelaufener Ruhezeit, dürfen wir uns vor Allem aufgefordert fühlen, der Vorsehung unsern innigsten Dank darzubringen, daß sie uns bisher vor den Stürmen des Aufruhrs und der Empörung, vor gewaltsamen Störungen des öffentlichen Friedens bewahrt hat.

Während in benachbarten Staaten Ströme von Blut flossen, — während noch jetzt die gräßliche Fackel der Zwietracht und des Bürgerkrieges ein schönes Land verheerend durchziehet, — während selbst in dem besonnenen Deutschland an manchen Orten Ausbrüche der rohen Gewalt vielfaches Unheil erzeugten, genießen wir ruhig und zufrieden, unter einem weisen und gerechten Monarchen, die Früchte einer das Glück des Volkes fest begründenden freisinnigen Verfassung.

Gerade gegen das, was anderwärts die allgemeinen Aufregungen entzündet, die heftigsten Erschütterungen hervorbringt, das Band zwischen den Fürsten und Völkern zersprengt: Druck und Willkühr, Intolleranz, Hemmung der Geistesfreiheit, Vorenthaltung der durch die Fortschritte der Civilisation gebotenen Institutionen, — gegen Alles das schützt uns eine Verfassung, die der Beste der Könige aus freiem Entschlusse, in einer ruhigen, von keinem Sturme bewegten Zeit, seinem Volke zum ewigen, unantastbaren Geschenke machte; deren freisinnige Grundsätze dem erlauchten Nachfolger unseres unvergeßlichen Maximilian

Joseph mit unauslöschlicher Schrift in das Herz gegraben sind, und in ihm einen gewissenhaften Beschützer finden, — in ihm, für den die Verfassung stets eine Wahrheit war, und eine Wahrheit bleiben wird.

Wenn alle Bayern mit Gefühlen treuer Anhänglichkeit auf ihren erhabenen Monarchen hinblicken, der mit kräftiger Hand die Zügel der Regierung lenkt, und Alles entfernt, was den Unmuth des Landes aufregen könnte, um wie viel mehr haben die Bewohner des Rheinkreises sich Glück zu wünschen, einem Reiche einverleibt worden zu seyn, dessen weiser Fürst die wohlthätigen Institutionen, deren sich der Rheinkreis zu erfreuen hat, und welche das Mutterland bis jetzt noch entbehrt, bestehen ließ, und nach den wiederholt erteilten feierlichsten Versicherungen in ihrer Wesenheit auch ferner wird fortbestehen lassen.

Wenige Länder können sich der öffentlichen Freiheiten rühmen, in deren Besitz die Bewohner des Rheinkreises sich längst befinden.

Der Druck veralteter Feudallasten, welche noch vielfältig in andern Ländern dem Emporkommen der Landeskultur hemmend im Wege stehen, die damit eng verbundenen mannigfachen Privilegien bevorrechteter Stände sind den Bewohnern dieses Kreises vollkommen unbekannt. Hier ist die Gleichheit des Gesetzes und vor dem Gesetze kein leerer Worthall. Eine und dieselbe Gerichtsverfassung dehnt sich über alle Kreisbewohner aus; unpartheiische, gewissenhafte Gerichte verwalten frei und unabhängig die Rechtspflege bei offenen Thüren, die Jedermann den Zutritt in den Gerichtssaal gestatten, um sich zu überzeugen, daß nach Pflicht und Gewissen Recht gepflogen und Jedem das Seine geschützt und gesichert wird.

Diese Wohlthaten werden von den Bewohnern des Rheinkreises tief erkannt. Mit unerschütterlicher Liebe und Treue sind sie ihrem Könige und seinem Hause zugethan. Sie halten fest an gesetzlicher Ordnung und geben sich



nirgends aufrührerischen Bewegungen hin. Mögen Sie in diesem ruhmvollen Benehmen beharren und mit Vertrauen die Verbesserungen in Verwaltung und Gesetzgebung abwarten, die noch zu wünschen seyn möchten! Ohne Zweifel werden dem Handel und der Industrie des Landes bald die Erleichterungen zu Theil werden, wonach allenthalben geseufzet wird. Möchten doch unversäglich die Schläg bäume verschwinden, welche nicht bloß gegen fremde Mächte aufgerichtet sind, sondern im gemeinsamen deutschen Vaterlande die einzelnen Völkerstämme feindselig scheiden und aller freien Bewegung des Verkehrs die drückendsten Fesseln anlegen!

Möchte ein weiseres Fortschrittsgeſetz die lauten und gerechten Klagen, welche in dieser Beziehung den Rheinkreis erfüllen, baldigt verstummen machen, und Mittel gefunden werden, die Erhaltung der Staatswaldungen mit den unabwiesbaren Bedürfnissen der ärmern Klasse der Untertanen in Uebereinstimmung zu bringen! Einzelne Erzeſſe, welche hie und da vorgefallen sind, betrafen bloß das Mauth- und Forstwesen. So traurig auch das Eine dieser Ereignisse gewesen, wobei mehrere Menschen das Leben verloren, so bieten sie doch keinen allgemein beunruhigenden Charakter dar. Es zeigen sich dabei keine Spuren von ausgebreiteten Verbindungen, oder von politischer Tendenz. Die große Mehrheit der Kreisbewohner besteht aus biedern, rechtlichen Leuten, die bei Unordnungen nur verkieren können, ihnen aufrichtig abgeneigt sind, und nöthigen Falles sogleich zusammen treten würden, um dem Treiben einzelner Unruhestifter einen kräftigen Widerstand entgegenzusetzen und die gesetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten.

Möge der gute Geist, der bisher die Bewohner des Rheinkreises beseelte, nie von ihnen weichen! Aber möge man ihnen auch das verdiente Vertrauen in vollem Maße schenken! Möge man nicht eine freie Geistesbe-

wegung, eine lebendige Theilnahme an Allem, was das Wohl und Weh der Menschheit angeht, möge man selbst unbedeutende Ausweichungen aus den Schranken einer strengen Schickslichkeit nicht gleich als Zeichen aufrührerischer Gesinnungen ansehen, nicht gleich hindernde Beschränkungen eintreten lassen, wo es deren nicht bedarf, ungegründetes Mißtrauen überall verbannen und sich stets des schönen Wortes erinnern, womit in jüngster Zeit ein deutscher Fürst sein, aus einer allgemeinen Aufregung zur Ruhe und Ordnung zurückgekehrtes Volk begrüßte: »**Vertrauen erweckt Vertrauen.**«

Daß in dem abgelaufenen Justiz-Jahre die Gerichtsbehörden des Rheinkreises sich, abermals des Wohlwollens und Zutrauens Sr. Majestät des Königs und ihrer Mitbürger würdig bezeigt, und sich wohlgegründete Ansprüche auf deren Zufriedenheit und Anerkennung erworben haben, dürfte sich am besten aus einem allgemeinen Überblick ihrer Leistungen in dieser Zeit ergeben. Jeder billig Denkende wird daraus die Überzeugung schöpfen, daß von ihrer Seite Alles geschah, was nur immer möglich war, um den Erfordernissen des Dienstes vollkommen zu entsprechen, die vorgekommenen Geschäfte eben so eifrig als gewissenhaft zu erledigen, Recht und Ordnung zu handhaben und Jedem für seine Person und sein Eigenthum den Schutz zu sichern, den eine freie und unpartheiische Rechtspflege nur zu gewähren vermag. Alle, welche zu diesem wichtigen Zweige der öffentlichen Verwaltung mitzuwirken hatten, mögen in dem Bewußtsein erfüllter Pflicht ihren besten Lohn finden, und sich durch keinerlei Umstände von dem Wege des Guten und Rechts abwendig machen lassen.

### A p p e l l a t i o n s - G e r i c h t.

Mit musterhafter Anstrengung und Ausdauer entsagte sich das R. App. G. der ihm obgelegenen Berufs-

pflichten. Viele der verwickeltsten, wichtigsten Rechtsstreite wurden von ihm, nach gründlicher, umfassender Berathung entschieden.

Auch Derjenige, welcher nicht Gelegenheit hatte, durch persönliches Beiwohnen die Überzeugung zu gewinnen, mit welcher tiefen Einsicht und erschöpfenden Erörterung am App. = G. verhandelt und Recht gepflogen wird, ist nun durch die Bekanntmachung der Erkenntnisse dieses Gerichts, welche durch die Annalen der Rechtspflege in Rheinbayern geschieht, in den Stand gesetzt, davon eine genaue Kenntniß zu erhalten.

Aus dem Jahre 1828 waren am k. App. = G. 154 Civilsachen unerledigt geblieben. Im Laufe des letzten Jahres wurden auf die Rolle getragen 91; es war sonach im Ganzen über 245 Sachen zu entscheiden. Am Schluß des Jahres befanden sich noch auf der Rolle 118 Sachen. Der Rückstand erscheint sonach bedeutend geringer, als zu Anfang des Jahres.

Die Zahl der in diesem Jahre durch das App. = G. gefällten Civilurtheile beläuft sich auf 169 (21 mehr als im vorhergehenden Jahre); nämlich 143 contradictorische, — worunter 25 interlocutorische, 13 präparatorische und 5 vertagende, — und 26 Contumacialurtheile.

In 10 Sachen, wobei das k. Arrar betheiligt war, fanden schriftliche Verhandlungen Statt; an andern, durch den Gerichtshof selbst angeordneten, keine. Zwei und dreißig Sachen, in welchen par défaut erkannt worden, sind theils in Rechtskraft erwachsen, theils unter den Partheien verglichen worden, können also als erledigt betrachtet werden.

Das App.=G. hatte als Cassations- und Revisionsinstanz über 7 Cassations- und Rekurse zu erkennen. In 5 Sachen wurden die angefochtenen Urtheile kassirt und der Streitgegenstand gleich in der Hauptsache erledigt. Eben so viele Rekurse wurden verworfen. In einer Sache

wurde bloß über die dem Rekurse entgegengesetzten Ungültigkeits-Einreden entschieden; über den Rekurs selbst wird erst später erkannt werden.

### Bezirksgerichte.

Mit nicht minderer Einsicht und Thätigkeit haben sich die Bezirksgerichte bestrebt, die große Menge von Civilprozessen, worüber sie zu erkennen hatten, zu erledigen.

Die Zahl der zu entscheidenden Rechtsstreite belief sich auf 3600, wovon definitiv erledigt wurden 2343; es blieben sonach rückständig 1257, wie sich aus folgender Übersicht näher ergibt:

| Bezirksgericht<br>zu | Vom J. 1829<br>als Rückstand<br>übernommen. | Im J. 1829/30<br>neu<br>aufgetragen. | Zusammen. | Un erledigt ge-<br>blieben. | Wirklich er-<br>ledigt. |
|----------------------|---|--------------------------------------|-----------|-----------------------------|-------------------------|
| Zweibrücken . . . .  | 284   | 340                                  | 624       | 284                         | 340                     |
| Kaiserslautern . . . | 456   | 630                                  | 1086      | 462                         | 624                     |
| Frankenthal . . . .  | 244   | 787                                  | 1031      | 246                         | 785                     |
| Landau . . . . .     | 289   | 570                                  | 859       | 265                         | 594                     |
|                      | 1273  | 2327                                 | 3600      | 1257                        | 2343                    |

Im letzten Jahre waren 104 Prozesse mehr zu erledigen, als im vorhergehenden, und es wurden 97 mehr beendet. Der Rückstand ist sonach um 7 größer, als er zu Anfang des Jahres gewesen. Trotz aller Thätigkeit des k. Bezirksgerichts in Kaiserslautern blieben dort die meisten Rückstände; die wenigsten hat das k. Bezirksgericht in Landau.

Der Grund, warum am k. Bezirks-Gericht in Zweibrücken so bedeutend weniger Prozesse abgeurtheilt werden, als an den übrigen Bezirksgerichten, ist bekannt. Dem hiesigen Bezirksgerichte gehen jedes Jahr mehrere Monate für seine gewöhnlichen Geschäfte dadurch verloren, daß die Mitglieder dieses Gerichts gehalten sind, allen Assi-

fenshungen beizuwohnen. Daher blieb an diesem Gerichte, ob schon hier die wenigsten Prozesse zu verhandeln waren, ungeachtet des ungemeinen Eifers und der ausgezeichneten Thätigkeit der Mitglieder desselben, ein bedeutender Rückstand übrig.

Die Zahl der Contumazialurtheile, welche ergingen, betrug:

|                             |     |         |
|-----------------------------|-----|---------|
| in Zweibrücken . . . . .    | 121 | } 1001. |
| in Kaiserslautern . . . . . | 277 |         |
| in Frankenthal . . . . .    | 394 |         |
| in Landau . . . . .         | 209 |         |

Frankenthal und Kaiserslautern kommen sich an contradiktorischen Sachen fast gleich; das Erstere hat aber weit mehr Contumazialurtheile. Zweibrücken hat an beiderlei weit die wenigsten Urtheile.

Schriftlich verhandelt wurden an den vier Bezirksgerichten zusammen 23 Prozesse, sämtlich Ararialsachen. In vielen Prozessen des Arars, wo es sich von Eigenthumsfragen handelt, unterbleibt jetzt das schriftliche Verfahren. Die Staatsprokuratur vertritt dabei häufig das k. Arar.

An keinem der Bezirksgerichte wurde in gewöhnlichen Sachen, ein schriftliches Verfahren von dem Gerichte selbst in Gemäßheit des Art. 95 der bürgerlichen Prozeßordnung angeordnet.

Zur Vornahme von Zwangsveräußerungen wurden 391 Commissorien ertheilt; allein es fanden nur 141 wirkliche Zwangsveräußerungen Statt, nämlich:

|                          | Commissorien. | Wirkliche<br>Zwangsver-<br>äußerungen. |
|--------------------------|---------------|--|
| Zweibrücken . . . . .    | 41            | 17                                     |
| Kaiserslautern . . . . . | 93            | 18                                     |
| Frankenthal . . . . .    | 152           | 63                                     |
| Landau . . . . .         | 105           | 43                                     |
|                          | 391           | 141                                    |

Also fast nur der dritte Theil der Zwangsveräußerungs-Proceduren wurde bis zur Versteigerung getrieben. Zwei Drittheile der Schuldner scheinen andere Mittel gefunden zu haben, ihre Gläubiger zu befriedigen und die ruinösen Güterveräußerungen abzuwenden.

Das Armenrecht wurde bewilligt: zu Zweibrücken an 51, zu Kaiserslautern an 66, zu Frankenthal an 101 Partheien. Der Staatsprokurator in Landau hat unterlassen, in seinem Berichte dieses Gegenstandes zu erwähnen. Die Zahl der Armensachen ist verhältnißmäßig etwas geringer, als im vorhergehenden Jahre. Zur Verhütung des Mißbrauchs wird alle Vorsicht angewendet, und eine Menge Gesuche werden als ungeeignet abgewiesen.

Die Bezirksgerichte haben außerdem noch viele Erkenntnisse in der Raths-kammer in Sachen erlassen, die nicht auf die Rolle kommen, als Homologationen von Familiencrathsbeschlüssen, Ernennung von Curatoren, u. s. w.

### Friedensgerichte.

Die Zahl der von den Friedensrichtern des Rheinkreises in Civilstreitigkeiten ihrer Competenz erlassenen Urtheile beläuft sich auf 9123, unter welchen 1279 Continenzialbescheide. Es wurden 441 Urtheile mehr gefällt, als im Jahre vorher; aber immer noch weit weniger, als im Jahre 1822.

An Urtheilen, welche die Friedensrichter außer ihrer gewöhnlichen Competenz, in Folge des Art. 7 der bürgerl. Proceßordnung erlassen haben, (oder sogenannten Prorogationsurtheilen,) kamen vor 1222, worunter 424, wobei Juden theilhaftig waren. Im Bezirke Kaiserslautern, und zwar in den Cantonen Kirchheimbolanden, Otterberg, Oermoschel, Rodenhäusen und Gölshausen, überstieg die Zahl solcher Urtheile, in denen Juden Parthei waren, die zwischen Christen allein ergangenen.

An den Vermittlungsämtern wurde über 1677 Sachen verhandelt. Davon sind durch förmlichen Ver-

gleich beendet worden 486; nicht verglichen wurden 1191; Die Letztern überstiegen um 87 die des vorhergehenden Jahres; die Zahl der Vergleiche ist um 32 geringer. In den Cantonen Landstuhl, Otterberg, Obermoschel, Neustadt und Kusel wurden mehr Vergleichs-, als Nichtvergleichs-akten errichtet.

Im Ganzen ist sonach gegen ein Drittheil der Sachen, worüber Akten an den Vergleichsämtern errichtet wurden, durch Vergleich erledigt worden. Über viele Vergleiche werden aber, zur Ersparung der Kosten, gar keine Urkunden aufgenommen, auch viele in die Form von Prorogationsnrtheilen gebracht, um ihnen exekutorische und hypothekarische Kraft zu geben, was besonders die auf ihr Interesse sehr wachsamten Israeliten zu benutzen wissen. Daß damit Mißbrauch getrieben werde, darüber liegt jedoch keine Anzeige vor.

Die Zahl der Familienberathschlagungen betrug 2687, wovon 1925 wegen Bestellung von Vormündern oder Curatoren, und 762 wegen anderer Gegenstände.

In Bezug auf das Pfl eg s ch a f t s w e s e n lassen die Gesetze noch manches zu wünschen übrig. Die Vormünder und Curatoren sind zu wenig controlirt; die den Behörden zukommende Aufsicht ist unzureichend, das Vermögen der Pflegebefohlenen zu sehr durch nachlässige oder unredliche Vormünder gefährdet. Es wird diesem wichtigen Geschäftszweige indessen die möglichste Aufmerksamkeit zu Theil.

Nur über etwas mehr als die Hälfte der eröffneten Pflegschaften wurden Inventarien aufgenommen. Unbedeutenheit der Verlassenschaften, Mangel an Mitteln zur Bestreitung der Kosten, sind häufig Ursache an der Unterlassung der Inventarien. Dieselben unterbleiben auch meist bei den gesetzlichen Vormündern, was leider oft in der Folge zu Benachtheiligungen der Pflegebefohlenen und zu Familienzwürfnissen Anlaß giebt, besonders bei der Wiederverehelichung von Ehegatten, die aus voriger Ehe minderjährige Kinder haben. Bei weitem die meisten In-

ventarien lieferte wieder der Bezirk Landau, nach ihm der Bezirk Zweibrücken.

Mit aller Achtsamkeit wurde von den Staatsprocuratoren für die geregelte Inscriptio n der Legal-Hypotheken auf das Vermögen der Vormünder zum Besten der Minderjährigen gesorgt. Auch geschahen die Versicherungen der Gebäulichkeiten der Pfl egebefohlenen in der Brandkasse mit pünktlicher Genauigkeit. Eben so wurde durch eine strenge Aufsicht und durch Einschreiten im Strafwege die Führung der so wichtigen Civilstandsregister in möglichster Ordnung erhalten. —

Mit nicht minder rühmlichem Eifer, gewissenhafter Unpartheiligkeit und angemessenem Nachdruck haben die Gerichtsbehörden des Rheinkreises die, das allgemeine Wohl so nahe berührende Strafrechtspflege verwaltet, und sich auch in dieser Beziehung der Allerhöchsten Zufriedenheit und des Vertrauens ihrer Mitbürger vollkommen würdig gezeigt.

Die Gesammtheit aller bei den Assisen vorgekommenen Angeklagten betrug 80. Davon wurden 4 zu lebenslänglichen, 20 zu zeitlichen Zwangsarbeiten, 18 zur Einsperrung in ein Arbeitshaus, 25 zu bloß zuchtpolizeilichen Strafen verurtheilt, 13 freigesprochen. Die Zahl der zu Criminalstrafen Verurtheilten ist sonach bloß 42. In diesem, so wie in dem vorhergehenden Jahre wurde keine Todesstrafe verhängt.

Die Handlungen, welche die erwähnten Verurtheilungen zur Folge hatten, bestanden in: 5 Fälschungen in Privaturkunden; 3 freiwillige Tödtungen; 1 freiwillige Tödtung auf Anreizung; 1 unfreiwillige Tödtung; 1 schwere Verwundung eines Beamten in Dienst; 1 freiwillige schwere Verwundung; 5 schwere Verwundungen auf Anreizung; 3 einfache Mißhandlungen; 2 einfache Mißhandlungen auf Anreizung; 2 Abtreibungen der Leibesfrucht; 2 Versuche der Nothzucht; 1 Bigamie; 1 Straßenraub; 25 qualifizierte Diebstähle; 13 Haus- und Erndte-Diebstähle; 1 einfacher Diebstahl.



Die Freisprechungen erscheinen dieses Jahr, im Verhältniß zu den Verurtheilungen, in weit geringerer Zahl als im vorhergehenden. Im Jahre 1822 wurden nämlich von 71 Angeklagten 20 freigesprochen, im letzten Jahre von 80 Angeklagten nur 13.

Obgleich die Zahl der bei den Assisen verurtheilten Individuen bedeutend zugenommen hat, so sind doch für die öffentliche Sicherheit besonders gefährliche, durch Banden und Raubgesellschaften verübte Verbrechen nicht vorgekommen.

Von der Anklagekammer wurde hinsichtlich 12 Beschuldigter erklärt, daß keine Anklage Statt finde; 5 wurden von derselben an Zuchtpolizeigerichte verwiesen. Zwei gegen Freilassungs-Beschlüsse der Bezirksgerichte erhobene Oppositionen wurden von der Anklagekammer verworfen.

An dieser Kammer giebt es keine Rückstände. Alle einlaufenden Criminaluntersuchungen werden derselben gleich vorgelegt und alsbald darüber entschieden.

Als Cassationsgericht hatte das k. Appellationsgericht in strafrechtlicher Hinsicht über 11 Sachen zu erkennen. Zehn Rekurse wurden verworfen; nur Einer gab zur Vernichtung des Assisenurtheils Anlaß, weil eine Verwechselung in der Angabe der Namen der beisitzenden Richter untergelaufen war. Der Erfolg blieb derselbe, indem das Assisengericht wieder die nämliche Strafe verhängte, die in dem cassirten Urtheile war ausgesprochen worden.

Im ganzen Jahre kam keine Sache vor, die für das Spezialgericht geeignet gewesen wäre.

Nur in 68 zuchtpolizeilichen Sachen wurde Appellation ergriffen. Von den angefochtenen 68 Urtheilen wurden ganz reformirt — 13; theilweise reformirt — 13; ohne Abänderung bestätigt — 42.

Diese, im Verhältniß zu der ungeheuern Menge von Urtheilen, die an den Bezirksgerichten über Vergehen gefällt wurden, unendlich kleine Zahl von Appellationen

liefert wohl den unverdächtigsten Beweis, daß die Bezirksgerichte nicht mit zu großer Strenge verfahren; und daß bei diesen wenigen Berufungen, auf 68 Urtheile 42 ohne alle Abänderung bestätigt wurden, beweiset dasselbe gewiß ebenfalls in hohem Grade.

Auch an der Zuchtpolizeikammer des k. Appellationsgerichtes giebt es keine Rückstände. Die einlaufenden Sachen werden stets unverzüglich vorgenommen und erledigt.

Die von den Bezirksgerichten gefällten Definitivurtheile in Zuchtpolizeisachen belaufen sich auf 4390, wovon auf Zweibrücken 1290, auf Kaiserslautern 847, auf Frankenthal 1433, auf Landau 820 kommen. Im vorhergehenden Jahre war die Zahl solcher Urtheile 3649, mithin um 741 geringer als im letzten. 5626 Individuen standen vor den Zuchtpolizeigerichten, und 4108 erhielten Gefängnißstrafen. Im Jahre 1835 wurden 566 Individuen weniger zu Gefängnißstrafen verurtheilt. Demnach hat sowohl die Zahl der Erkenntnisse, als die Zahl der zu Gefangenschaft verurtheilten Individuen, folglich auch die Zahl der Vergehen im letzten Jahre sich ansehnlich vermehrt.

Wenn nun der Landrath des Rheinkreises in dem gedruckten Protokolle seiner diesjährigen Verhandlungen mit vieler Zuversicht behauptet, die Verbrechen und Vergehen hätten sich, dies wisse er, im Kreise nicht vermehrt, so ist dieses ein offener Irrthum. Auch läßt sich nicht einsehen, woher der Landrath die genauen Notizen sollte erhalten haben, um eine so apodiktische Sprache zu führen.

Die gewöhnlichen Vergehen haben sich freilich nicht vermehrt, eher vermindert; aber in einer traurigen Gradation steigt die Zahl der wegen Waldfreveln im Wiederholungsfalle, mit Zusammenrottung, oder wegen geringer Holzentwendungen, an den Bezirksgerichten ausgesprochenen Verurtheilungen.

Unter den oben angegebenen mit Gefängnißstrafe belegten 4108 Individuen befinden sich nicht weniger als 2580 (!!!), welche wegen solcher Waldfrevel bestraft wurden, wonach für die gewöhnlichen Vergehen nur die Zahl von 1528 übrig bleibt.

Bedeutet man ferner, daß diese 2580 Individuen meist Gewohnheitsfreveler waren, wovon manche oft eine Strafe von 3 und mehr Monaten auszuhalten haben, so wird die Zunahme der Gefangenen in den Bezirksgefängnissen begreiflich werden, und der Grund davon nicht dazu suchen seyn, wo ihn der Landrath zu finden glaubte.

Die Bezirksgerichte fällen keine strengere Urtheile, wie früher; dies ist bereits nachgewiesen worden. Sonach haben auch die Personalveränderungen, die bei den verschiedenen Gerichten des Kreises in den letzten Jahren stattfanden, keinen Einfluß darauf gehabt, und eben so wenig die Ersetzung älterer Richter durch jüngere, oder die Ernennung von jungen Ergänzungsrichtern und jungen funktionirenden Substituten der Staatsprokuratoren.

An jedem der vier Bezirksgerichte des Rheinkreises ist ein Ergänzungsrichter, in Kaiserslautern sind deren zwei angestellt. Jedem der Staatsprokuratoren an diesen Gerichten ist ein funktionirender Substitut beigegeben. Von 31 Friedensgerichten haben 9 Ergänzungsrichter erhalten. Alle wurden aus der Zahl der geprüften Rechts-Candidaten genommen, denen diese Anstellung als treffliche Schule zur Einübung in das praktische Geschäftsleben dient, und die zugleich den mit Geschäften überladenen Gerichten, Staatsprokuratoren und Friedensrichtern nützliche Dienste leisten. Ohne alle Entschädigung aus Staatsmitteln bestreben sich diese jungen Männer mit vielem Eifer, ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen. Auch befindet sich keiner unter den in den letzten Jahren ernannten Ergänzungsrichtern und funktionirenden Substituten, der nicht das Alter hätte, um nach der Vorschrift der bestehenden Gesetze Bezirksrichter seyn zu können; ja die Meisten könnten, dem Alter nach,

zu Appellationsrätthen ernannt werden. Bei Abgang älterer Richter kommt, dem Laufe der Natur nach, die Reihe an die jüngern.

Eben so ist die Angabe, daß die provisorische Haft der Beschuldigten in Vergehen-Sachen zu häufig eintrete, nicht gegründet. Die Gesetze haben die Fälle vorgesehen, wo die Untersuchungsrichter provisorische Haft verfügen können. Ihrer Einsicht und Gewissenhaftigkeit ist überlassen, das zu thun, was die öffentliche Sicherheit erfordert. Daß Mißbrauch mit dieser gesetzlichen Befugniß getrieben werde, darüber sind wenigstens keine, oder nur sehr seltene Beschwerden eingelaufen, und den Untersuchungsrichtern wird unablässig die möglichste Umsicht und Berücksichtigung aller Verhältnisse, so wie die Beschleunigung der Untersuchungen anempfohlen. Die Correspondenz-Register der Generalprocuratur enthalten darüber vielfältige Belege.

Woher der ungeheure Betrag der Kosten, die den Kreisfond treffen, rühre, wird sich gleich bis zur höchsten Evidenz zeigen.

Eine Anzahl von 4108 zu Gefangenschaft verurtheilten Sträflingen muß schon allein die Bezirksgefängnisse sehr anfüllen; und wenn die Staatsprocuratoren bei der Vollziehung der Urtheile noch auf die Zeit, die der Landmann für die Bestellung des Ackerbaues nöthig hat, billige Rücksicht nehmen, um die Familie des Sträflings nicht dem Mangel zu sehr auszusetzen, so kann es nicht fehlen, daß in der Winterzeit die Gefängnisse mehr gefüllt sind als im Sommer, was die Kosten durch Heizung der Gefängnisse einigermaßen, wiewohl nicht bedeutend, vermehrt.

Werfen wir aber einen Blick auf die Ergebnisse des Wirkens der einfachen Polizeigerichte, so finden wir die Ursachen der übermäßigen, den Kreis belastenden Gefängnißkosten nur allzu deutlich und unverkennbar.

Die Zahl der, in diesem Jahre vor den einfachen Polizeigerichten wegen *Waldfrevel* gestandenen Indivi-

duen übersteigt in der That jeden Begriff. Wegen solcher Frevel wurden von den Friedensgerichten verurtheilt:

|                             | Individuen. |
|-----------------------------|-------------|
| zu Gefangenschaft . . . . . | 16,555      |
| bloß zu Geldbußen . . . . . | 80,063      |

|                                 |        |
|---------------------------------|--------|
| Zusammen . . . . .              | 96,618 |
| Freigesprochen wurden . . . . . | 2,676  |

Within standen wegen Waldfreveln vor den Friedensgerichten . . . . . 99,294

Rechnet man dazu die an den Bezirksgerichten vorgekommenen Waldfrevel, nämlich:

|                                    |        |         |
|------------------------------------|--------|---------|
| zu Gefangenschaft verurtheilt 2580 | } 2878 | } 3,071 |
| bloß mit Geldstrafen belegt 298    |        |         |
| und die Freigesprochenen mit 193   |        |         |

So beträgt die Gesamtzahl . . . . . 102,365

Und die der Verurtheilten:

|                                    |        |          |
|------------------------------------|--------|----------|
| an den Friedensgerichten . . . . . | 96,618 | } 99,496 |
| an den Bezirksgerichten . . . . .  | 2,878  |          |

Also fast 100,000 Verurtheilte!!!

Gegen das vorhergehende Jahr haben zugenommen:

|   |        |
|---|--------|
| die zu Gefangenschaft Verurtheilten, um . . . | 4,242  |
| die bloß mit Geldbuße Belegten, um . . .      | 12,961 |

Also die Zahl der Verurtheilten, um . . . 17,203

Die der Freigesprochenen, um . . . . . 861

Gesamtzahl der Vermehrung . . . . . 18,064

Gegen das Jahr 18 $\frac{2}{3}$  beträgt das Zunehmen:

|  |        |
|--|--------|
| an Verurtheilungen zu Gefangenschaft . . . | 6,199  |
| an Verurtheilungen bloß zu Geldbußen . . . | 17,085 |

Within an Verurtheilten . . . . . 23,284

an Freigesprochenen . . . . . 1,032

Gesamtzahl der Vermehrung . . . . . 24,316

Sonach betrug die Zahl der Individuen, welche im letzten Jahre wegen Waldfreveln zu Gefängnißstrafen

verurtheilt wurden, und welche die Kreiskasse in den Gefängnissen zu beköstigen hatte, 16,555. Rechnet man hierzu noch die Unzählfähigen, die ihre Geldstrafen mit Gefangenschaft abzubüßen haben, und deren Zahl sich auf 26,757 beläuft: so waren 43,312 Individuen in die Cantonsgefängnisse zu bringen.

Und hier sind nur die in den 3 letzten Quartalen vorgekommenen Strafumwandlungen gerechnet; erst von da an hatte man auch diese Rubrik in die Quartalsberichte aufnehmen lassen.

Strafumwandlungen wurden wirklich vollzogen

|                        |      |          |
|------------------------|------|----------|
| im IIten Quartal . . . | 8186 | } 19,450 |
| im IIIten — . . .      | 5676 |          |
| im IVten — . . .       | 5588 |          |

Es waren noch zu vollziehen rückständig . . 7,307

Gesamtzahl . . 26,757

Welche ungeheure Summe die Unterhaltung so vieler Menschen den Kreis kosten müsse, ist dadurch leicht zu begreifen!

Die Kosten, welche aus den Strafumwandlungen erwachsen, übersteigen bei weitem die, welche durch wirkliche Verurtheilungen veranlaßt werden.

Nach der Natur der Sache aber, so wie nach strengen Rechtsgrundsätzen, sollte der Kreis an den Kosten, welche die Strafumwandlungen verursachen, gar nichts zu tragen haben, weil diese Umwandlung eigentlich bloß ein Zwangsmittel zur Beitreibung der dem Staats-Verar zufallenden Geldstrafen — eine *Contrainte par corps* — bildet. Sobald der Frevler die Geldbuße bezahlt, so hört die Wirkung der Umwandlung sogleich auf, ohne daß dem Kreise für die gehaltenen Gefängnißkosten aus dem Betrag der Geldbuße etwas vergütet wird. Der Kreis hat sonach hier gewissermaßen die Kosten der Eintreibung der Geldstrafen für das Finanz-Verar zu bestreiten!

Hier zeigt sich der Hauptschlund, welcher für Gefängnißkosten die Kreisgelder verschlingt. Hätte doch der

Landrath diesem Punkte seine vorzügliche Aufmerksamkeit zugewendet, und in dieser Hinsicht mit allem Nachdruck dem Kreis eine Erleichterung zu verschaffen gesucht, worauf derselbe so gerechte Ansprüche hat, — lieber als in einem, dem Druck übergebenen Protokolle die Tendenz der Gerichte in Zweifel zu stellen, sie übergroßer Strenge zu beschuldigen, und ihnen dadurch, wenn auch absichtlich, das verdiente und zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung so nöthige Ansehen in den Augen ihrer Mitbürger zu schmälern.

Indem ich mich verpflichtet hielt, einige Bemerkungen über das Protokoll des Landraths, in so weit es die Gerichte betrifft, hier einfließen zu lassen, bin ich jedoch weit entfernt, das für das Wohl des Kreises so nützliche, so lobenswerthe Wirken des Landraths im Mindesten zu misskennen, und kann nur mit allen Kreisbewohnern recht lebhaft wünschen, daß derselbe in dem Bestreben, das Beste des Kreises zu befördern, mit der bisher gezeigten Einsicht und Kraft stets fortfahren möge.

Hoffentlich wird eine baldige Revision der Forststrafgesetze, welche auch in mancher andern Hinsicht sehr fehlerhaft sind, und nicht nur den Wohlstand vieler Unterthanen untergraben, sondern auch auf die Moralität der Einwohner den nachtheiligsten Einfluß haben, dem Unwesen eine Grenze zu setzen. Die in Frankreich im Jahr 1827, nach vorheriger Vernehmung der Gerichte und nach gründlicher Berathung in den beiden Kammern erlassene Forstordnung verdient dabei, in strafrechtlicher Beziehung, große Berücksichtigung. Dort werden in der Regel nur Geldstrafen gegen den Waldfrevler verhängt; nur eine Steigerung der Strafe für den im Laufe des Jahres vorkommenden Wiederholungsfall angenommen, bestehend einzig in der Verdopplung der ersten Strafe. Dort wird nicht, wie bei uns, in den immer steigenden Gefängnißstrafen ein Ziel gesucht, das damit doch nicht zu erreichen ist. Von Umwandlung der Geldbußen in Gefangenschaft weiß das französische Gesetz nichts, aber wohl von mäßi-

ger persönlicher Haft als Zwangsmittel, wo es stets von den Finanzbehörden abhängt, sie eintreten zu lassen, oder nicht, während Strafumwandlungen jeder Zeit alle vollzogen werden müssen.

Dem Gesetze sind ferner die unseligen Pfandgebühren unbekannt, wodurch die gering bezahlten Forstschutzbeamten, um ihre Einnahmen zu vermehren, unablässig angetrieben werden, wegen der unbedeutendsten Frevel Anzeigeprotokolle zu errichten. Ein Theil der Geldstrafen wird zwar in Frankreich den Forstbeamten bewilliget, aber die Vertheilung nicht nach der Zahl der Frevelprotokolle abgemessen, sondern nach dem Fleiß und Eifer in der Bewirthschaftung und Cultur der Wälder, die bei der ewigen Jagd nach Freveln häufig nur zu sehr versäumt wird. —

In mehreren Quartalberichten wurde der Antrag gestellt, den Waldfreulern aus der härtesten Zeit des verwischenen Winters die auferlegten Strafen allernüchtern nachzulassen. Die k. Kreisregierung hat neuerlich diesen Antrag auf das nachdrücklichste unterstützt, so daß bald von der Gnade Sr. königl. Majestät ein umfassender Nachlaß mit Zuversicht erwartet werden kann. —

Gegen die unerhörte Masse von Waldfreulern erscheinen die wegen anderer Übertretungen an den Polizeiberichten vorgekommenen Individuen in viel geringerer Anzahl. Wegen solcher Übertretungen wurden verurtheilt:

|                              |        |        |
|------------------------------|--------|--------|
| zu Gefangenschaft . . . . .  | 2,403  | 17,779 |
| zu bloßer Geldbuße . . . . . | 15,376 |        |
| freigesprochen . . . . .     | 2,802  |        |

Zusammen . . . . . 20,581

Auch hier haben sich die Straffälle im letzten Jahre gegen das vorige ziemlich vermehrt, und zwar:

|                                  |     |      |
|----------------------------------|-----|------|
| an Verurtheilten um . . . . .    | 665 | 1072 |
| an Freigesprochenen um . . . . . | 407 |      |

Als eine neue Rubric erscheinen in diesem Jahre zum Erstemale die Zollbetrugationen, doch noch



zur Zeit in sehr mäßiger Zahl. Wegen solcher Defraudationen wurden von den Friedensgerichten

|   |     |       |
|---|-----|-------|
| zu Gefangenschaft verurtheilt . . . . . | 5   | } 337 |
| zu bloßen Geldstrafen . . . . .         | 284 |       |
| freigesprochen . . . . .                | 48  |       |

In der Folge dürften, wenn nicht überhaupt eine Änderung mit dem Zollwesen vorgenommen werden sollte, diese Defraudationen in größerer Summe erscheinen!

Dieses sind die Ergebnisse des Wirkens sämtlicher Gerichtsbehörden des Rheinkreises im Jahr 1832, Ergebnisse, welche die ganze Thätigkeit und Anstrengung der Beamten, die dazu mitzumirken hatten, in Anspruch nahmen.

Die Beamten der Staatsprokuratorur haben sich überall mit rastlosem Eifer der Erfüllung ihrer vielfältigen und mühsamen Berufspflichten hingegeben, und zur Erreichung so umfassender Resultate auf das Nachdrücklichste mitgewirkt.

Die bei der Generalprokuratorur eingelaufenen 2500 Correspondenz-Nummern wurden sämtlich auf das Schnelligste erledigt, und gaben zu mehr als 1400 Ausläufen an Berichten, Gutachten, Instruktionen an die Staatsprokuratoren und sonstigen Correspondenz-Arbeiten Veranlassung.

Von Seiten der Advokaten und Anwälte wurde im Allgemeinen durch gediegene, gründliche Vorträge die Verwaltung der Rechtspflege kräftig unterstützt, und der schöne und freie Standpunkt, auf dem dieselben sich befinden, von ihnen in seinem ganzen Umfange erkannt und in keiner Weise mißbraucht. Mit Anstand und Würde erfüllten sie ihren wichtigen Beruf und trugen dadurch das Ihrige zur Förderung des öffentlichen Dienstes redlich bei.

Nur in Kaiserslautern kamen einige leichte Disziplinarabmahnungen gegen Anwälte vor. Daß längere Zeit die Stelle des Staatsprokurators daselbst unbesezt blieb, gab mit dazu Anlaß. Es ist zu hoffen, daß künftig dergleichen Abweichungen von den Gesetzesvorschriften auch

dort werden vermieden werden. Der dahin neu ernannte Staatsprokurator ist ein eben so gewissenhafter und thätiger, als versöhnlicher und verträglicher Mann. Durch sein Mitwirken werden die Reibungen bald ganz aufhören, die sich zwischen den Gerichtspersonen und dem Barreau zuweilen daselbst zeigten und mitunter nachtheiligen Einfluß auf den Dienst hatten.

Hinsichtlich der Gerichtsboten wird strenge Aufsicht geführt. Bei weitem die Meisten thun ihre Schuldigkeit und geben keinen Anlaß zu Beschwerden. Wo hin und wieder einer oder der andere der Gerichtsboten sich etwas zu Schulden kommen ließ, da wurde sogleich auf die geeignete Weise eingeschritten.

Ich schließe mit dem wiederholten aufrichtigen Wunsche, der Himmel wolle Se. Majestät den König und das ganze Königliche Haus in der Fülle der Gesundheit und Kraft ihrem treuen Volke noch lange Jahre erhalten und das Vaterland in allen seinen Theilen vor Krieg und gewaltsamen Störungen des innern Friedens fortan bewahren; Wunsche, in welche gewiß alle Bewohner des Rheinkreises einstimmen, die, bei einer freimüthigen Sprache und einem aufgeklärten Sinn, in fester unwandelbarer Treue, in wahrer Anhänglichkeit an König und Vaterland, ihren Brüdern der ältern Kreise auf keine Weise nachstehen! —



# **R e d e**

des Präsidenten des königlichen Appellations-Gerichtes  
für den Rheinkreis,

**Johann v. Birnbaum.**

(Nach dem Manuscripte.)

THE END

Hochzuverehrende Versammlung,  
werthgeschätzteste Herren Kollegen!

Die zweimonatliche gesetzliche Ruhezeit der Richter ist nun abermal verflossen, und sie kehren heute wieder zu ihren Berufsgeschäften zurück. Diese feierliche Sitzung kündigt dem Publikum die Wiedereröffnung der Gerichtssäle des Rheinkreises für die Aburtheilung der Civilprozesse, in gewöhnlichen Sachen, an; denn die Criminal- und Zuchtpolizeisachen, so wie die Handels- und dringende Civilsachen gehen auch in den Ferien ihren Gang fort: Die Ruhe der Richter darf nicht auf Kosten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, noch zum Nachtheile der Rechtsbedürftigen Partikularen Statt finden.

Die Gerichtsferien sind vielleicht schon mit, oder bald nach der Anstellung öffentlicher und ständiger Gerichte entstanden, wurden aber nicht überall auf gleiche Weise gehalten. Erst durch ein Gesetz vom 17. und 19. Sept. 1791, wurden allgemeine und bestimmte Regeln dafür eingeführt. Diese interessieren jedoch das Publikum wenig oder gar nicht, und haben daher den Werth der heutigen Sitzung nicht für es, die keine leere Ceremonie ist, wie man zu glauben versucht seyn möchte, sondern ein hohes Interesse für den darbietet, der Antheil am öffentlichen Leben, und besonders an der Justizverwaltung nimmt;

denn an diesem Tage erfährt er, nicht nur was im verwichenen Jahre an den Gerichten seines Wohnortes, zu welchen ihm ohnehin schon jeden Tag der Zutritt offen steht, sondern auch was an den übrigen Gerichten des Gerichtsprengels des Appellationsgerichtes das ganze Jahr über in allen Theilen der Rechtspflege zur Aufrechthaltung der Gesetze und öffentlichen Ruhe und Ordnung, zum Besten des Landes und der Einzelnen geschehen ist. So hat es Napoleon gewollt, indem er durch Dekrete vom 30. März 1808 und 6. Juli 1810 angeordnet hat, daß der Generalprokurator jedes Appellationsgerichtes an diesem Tage vor den vereinigten Kammern, in feierlicher Sitzung, einen Bericht über die Vollziehung der Gesetze und Aufrechthaltung der Disciplin abstaten soll; was seitdem in Frankreich jedes Jahr mit großer Pracht geschieht, und, ob zwar durch dieses Dekret auf uns übergegangen, und in Gemäßheit der durch königl. Erklärung uns zugesicherten Institutionen beibehalten, nicht mit jenem Gepränge, sondern mit einfacher Würde Statt findet, wie man sich dessen heute wieder überzeugen kann.

Der Herr General-Prokurator, Staats- und Reichsrath **von Koch**, hat, wie Sie eben gehört haben, sich der ihm, durch diese beiden kaiserlichen Dekrete auferlegten wichtigen Pflicht, auf eine eben so unparteiische und vollständige als klare und bestimmte Weise, mit Würde entledigt. Sie kennen nun aus seinem Munde die Resultate der Justizverwaltung im Rheinkreise vom verwichenen Jahre im Ganzen und im Einzelnen, und ich glaube mir mit dem Gedanken schmeicheln zu dürfen, daß Sie daraus von dem Eifer und Fleiß der Gerichte sowohl als der Einzelrichter, und der Beamten der königl. Staatsbehörde, so wie der Advokaten, sich in der Ausübung ihrer Amtspflichten rühmlich auszuzeichnen, überzeugt worden sind. Uns selbst gegen einander hierüber auszusprechen verbietet die Delikatesse; jeder wird sich mit dem Zeugniß begnügen das ihm sein eigenes Gewissen giebt.

Dieser Tag ist so recht dazu gemacht den Werth des öffentlichen und mündlichen Verfahrens in der Rechtspflege an das Licht zu stellen. Da, wo die Öffentlichkeit nicht besteht, würde ein solches Institut ohne Nutzen seyn, weil dem Publikum die Gerichtsstuben das ganze Jahr über verschlossen sind, und es also keine Controlle für die über die Rechtspflege des Jahres abgelegte Rechenschaft hätte, wie es sie da hat, wo ihm der Zutritt zu den gerichtlichen Verhandlungen und Verkündigungen der Urtheile Jahr aus und ein offen steht, und es Zeuge der Thätigkeit und Geschicklichkeit der Advokaten und der Gerechtigkeit der Richter seyn kann. Öffentliche Rechtspflege erregt die Theilnahme der Bürger am öffentlichen Leben, erzeugt Sinn für Gesetz und Recht, und flößt Vertrauen zu den Gerichten ein. Daher spricht sich unser weise und gerechte König **Ludwig**, der das Bessere überall erkennt und will, auch so lebhaft für die Einführung der öffentlichen und mündlichen Rechtsverwaltung in seinen jenseitigen Staaten, aus. Jahre sind verfloßen seitdem dieselbe durch die Stände des Reichs mit einer großen Stimmenmehrheit, gleichsam in Begeisterung und Jubel, im Prinzip dekretirt worden ist. Woher kommt es denn wohl, daß bisher es dabei blieb und noch kein dem Prinzip entsprechendes Gesetz erschienen ist? Der Rheinkreis ist bei dieser Frage nur in soferne interessirt, als es ihm darum zu thun seyn muß, daß das Prozedurgesetz, wenn es auch auf ihn Anwendung finden soll, ihm das Institut der mündlichen und öffentlichen Rechtspflege rein erhalte, und weder erschwere noch verkürze.

Sollte es wirklich wahr seyn, daß man eine Streitfrage, welche schon so lange, durch die vielen gegenseitigen Abhandlungen und Schriften, zu Gunsten des mündlichen und öffentlichen Verfahrens entschieden ist, wieder aufs Neue in Anregung bringe? Ist es nicht baarer Dünkel, wenn einige deutsche Juristen, welche dieses Verfahren nicht einmal genugsam kennen, um sich ein Urtheil darüber

zu erlauben, geschiedter als ganze Völker mit ihren Rechtsgelehrten und Praktikern seyn wollen? Haben sie denn in Frankreich, England, der Schweiz und in Amerika, wo die Mündlichkeit und Öffentlichkeit einheimisch sind, nur den Beifall einer einzigen Stimme erhalten? Mir ist wenigstens nicht bekannt, daß irgend jemand daselbst den Wunsch für Abschaffung derselben und Einführung der schriftlichen und geheimen Rechtspflege hätte blicken lassen. Anbeter der Griechen und Römer, sollten sie doch bedenken, daß bei diesen Öffentlichkeit und Mündlichkeit galt. Lobredner der alten guten Zeit, sollten sie doch nicht vergessen, daß unsere Vorvorden eben diese Öffentlichkeit und Mündlichkeit als etwas so Gutes ansahen, daß sie sogar unter freiem Himmel Gericht hielten. Freilich war das Schreiben noch etwas Seltenes; aber da hätten sie ja ihre Gerichtssitzungen bei verschlossenen Thüren halten können, wenn ihnen nicht die Öffentlichkeit die Hauptsache gewesen wäre.

Wer Lust hat die belobte schriftliche geheime Rechtspflege genau kennen zu lernen, lese nur Göthe's Lebensgeschichte, wo er sie nach der Natur gezeichnet findet.

»Die Sachen von Gewicht, die eigentlichen Rechtshandel,« sagt er, »blieben im Rückstand, und es war kein Unglück.« Warum er es für keins ansah, darüber drückt er sich so aus: »denn dem Staate liegt nur daran, daß der Besitz gewiß und sicher sey. Ob man mit Recht oder Unrecht besitze, kann ihn wenig bekümmern. Gegen Leute welche Gewalt brauchten war ja vorgesehen, und die Übrigen, die sich rechtlich um den Besitz stritten, lebten, genossen, und darbtten so gut sie konnten; sie starben, verdarben, verglichen sich. Dies Alles war aber nur Heil und Unheil einzelner Familien.« Leider, allerdings wahr! Aber zahlten denn diese einzelnen Unglücklichen ihre Abgaben nicht an den Staat, damit er sie gegen Unrecht schütze und kein Unheil über sie kommen lasse? Und liegt



die strenge Erfüllung dieser heiligen Pflicht nicht auch zugleich in seinem Interesse? Ist nicht die Liebe und das Vertrauen der Staatsbürger die festeste Stütze des Thrones? Und müssen nicht diese verschwinden, und Kälte, Unzufriedenheit, ja selbst Haß eintreten, wenn der Staat seine Bürger, aus Mangel an Recht und Gerechtigkeit, darben, verderben und sterben läßt? Göthe erzählt weiter: »In der Kriegsnoth suchte man einst einen Theil der, bis ins Unendliche, angeschwollenen Akten von Speyer nach Aschaffenburg, einen Theil nach Worms, und noch einen Theil anderswohin zu flüchten. Letztere fielen in die Hände der Franzosen, die ein Staatsarchiv erobern zu haben glaubten, aber den Papierwust gerne wieder herausgegeben haben würden, wenn man ihnen nur die nöthigen Fuhren zum Transport hätte schicken wollen.« Zur Zeit der Reichskammergerichts-Visitation unter Kaiser Joseph II. (vor etwa 50 Jahren also) war ein Rückstand von 20,000 Prozessen vorhanden, und 50,000 Revisionen erwarteten ihre Erledigung. Man kann daher die Sage wohl als wahr annehmen, daß der Justizpallast in Weplar meist von Depositen Geldern von Partheien erbauet worden sey, von denen keine Erben mehr aufzufinden waren. Von 17 Assessoren, aus welchen das Reichskammergericht bestand, konnten, nach Göthens Angabe, jährlich nur 60 Prozesse abgethan werden. Das königl. Appellationsgericht besteht aus 12 Richtern, mit Inbegriff des Präsidenten und Direktors, und ist in zwei Kammern abgetheilt. Man vergleiche nun dagegen nur die Zahl der Urtheile, welche jährlich an der Civilkammer ergehen, ohne die der Anklage- und Zuchtpolizeikammer, noch die des Assisengerichtes und des Cassations- und Revisionsgerichtes zu rechnen, welches letztere auch durch Appellationsgerichtsräthe besetzt ist, und ersteres von einem Appellationsgerichtsrath präsidiert wird, und man wird über den Abstand staunen, blind seyn müssen, wenn man noch versucht seyn sollte, dem geheimen

schriftlichen Verfahren den Vorzug vor dem mündlichen öffentlichen zu geben.

Dem Volke, glaubt man, könne es ziemlich gleichgültig seyn, auf welchem Verfahrenswege es sein Recht erlangt, wenn es nur bald und mit geringen Kosten dazu kommt. In dieser Gleichgültigkeit darf aber mit Grund gezweifelt werden; denn dem hellsehenden Publikum muß einleuchten, daß das mündliche öffentliche Verfahren viel kürzer als das schriftliche ist, und weniger Schleichwege und Chikanen zuläßt, als dieses; daß in der öffentlichen Verhandlung vor Gericht eine größere Bürgschaft für das Recht als in der geheimen liegt, weil jene die Kritik der Zuhörer über die Vorträge der Advokaten und die Urtheile der Richter zuläßt, diese dagegen sie ausschließt.

Advokaten und Richter, an das schriftliche geheime Verfahren gewöhnt, fürchten die Mündlichkeit und Öffentlichkeit gewöhnlich nur weil sie dabei um ihr Ansehen und ihren Ruf zu kommen glauben, oder aber lieber den alten Schlendrian fortgehen, als eine neue Prozeßordnung studiren. Eben deswegen hat die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens auch Anfangs in den Rheinlanden und in Belgien große Abneigung bei vielen erregt. Allein kaum war man in Praxi von dessen Vorzügen überzeugt worden, als der Widerwille verschwand, und kein Mensch mehr das alte Verfahren zurückwünschte, als etwa hier und dort ein alter Richter oder Advokat, weil jener es bequemer fand, bei der Relation eines Referenten zu schlafen, als stundenlang zu sitzen und seine Aufmerksamkeit auf die Vorträge der Sachwalter zu richten, und dieser wohl sitzen und dickleibige Deduktionen zu schreiben gelernt hatte, aber sich entweder nicht aufgelegt, oder nicht im Stande fand, als öffentlicher Redner aufzutreten.

Im Grunde ist es auch nicht sowohl die Mündlichkeit als die Öffentlichkeit, diese Feindin der Finsternis und Heimlichkeit, welcher der Krieg von denen angekündigt

wird, welche das Licht zu scheuen haben. Daher das Geschrei dagegen.

Sie soll dem Ansehen der Personen, dem guten Rufe, dem Credit schaden können. Ganz wahr, aber nur mit Recht, nemlich da, wo diese dem Unrecht, der Willkühr, der Unterdrückung und Gewalt zum Schilde dienen sollen. Dem Wucherer, dem Betrüger, dem Schuldenmacher 2c. muß allerdings daran liegen, unbekannt im Publicum zu bleiben, damit er fortwuchern, fortbetrügen, und auf grundlosen Credit hin neue Schulden machen könne. Wer seine Ehre und seinen guten Ruf rein bewahrt, hat keine Ehrenverletzung vor Gericht zu befürchten, ohne daß ihm von diesem auf der Stelle gebührende Genugthuung dasür werde. Selbst solche Vorwürfe, welche geeignet wären, eine Parthei in den Augen des Publicums herunter zu setzen, zu verdächtigen oder bloß lächerlich zu machen, dürfen nicht einmal vor Gericht geduldet werden, wenn sie auch gegründet sind, das Recht und die Vertheidigung der andern Parthei müßten es denn schlechterdings erfordern. Für die Fälle, wo die öffentliche Verhandlung doch von schädlichem Einflusse auf das Publicum seyn könnte, darf das Gesetz nur Ausnahmen machen; aber dieselben dürfen nur in dem Interesse des Gesetzes selbst und der Sittlichkeit, und nicht in dem von gewissen Personen statt finden, weil vor Gericht vollkommene Gleichheit der Rechte gelten muß.

In der Criminaljustiz und in Zuchtpolizei- und Polizeisachen ist die Öffentlichkeit von wesentlichem Erfordernis, und die dagegen erhobenen Einwürfe sind entweder völlig ungegründet oder lassen sich leicht beseitigen. Sie sey eine Schule des Verbrechens und Lasters, giebt man vor, gebe Anlaß zu öffentlichem Argerniß, verletze das Schaamgefühl und unterrichte die Diebe in Listen und Kunstgriffen. Es ist freilich nicht zu läugnen, daß eine unbedingte Öffentlichkeit in vielen Fällen von schädlichem Einflusse seyn kann,

allein das Gesetz darf auch hier wieder nur Ausnahmen machen, und entweder blos Zuhörer beyderlei Geschlechtes von reiferem Alter zulassen, und die Jugend, oder auch das Frauenzimmer, ohne Unterschied des Alters, ausschließen. Zur Öffentlichkeit wird ja nicht erfordert, daß sich Alles, Groß und Klein, in den Gerichtssaal dränge bis er völlig angefüllt ist, sondern blos, daß der Eintritt denjenigen nicht untersagt sey, die man, ohne Argerniß zu geben und die Sittlichkeit zu verletzen, heilassen kann. Alle Mittel, deren sich Diebe bedient haben, kommen allerdings an den Tag; allein die Erfahrung wird auch dabei gemacht, daß selbst derjenige entdeckt und überführt wird, der es noch so schlaun angefangen zu haben glaubte, und eben deswegen auch ein andrer der Entdeckung und Übersführung nicht entgehen dürfte, der seine Sache noch verschlagener angreifen würde. Ubrigens müßte die Zahl der Diebstähle in den Ländern, wo die geheime Justiz besteht, im Verhältniß zu denen, wo Öffentlichkeit eingeführt ist, weit geringer seyn, wenn dieser Einwand gegründet wäre. Wer wird aber dies behaupten wollen?

Alles, Alles spricht demnach für den Vorzug der mündlichen öffentlichen Rechtsverwaltung vor der geheimen schriftlichen. Nur gebe man eine Prozeßordnung, welche dem Zwecke entspricht; und diese Aufgabe ist so schwer nicht zu lösen, wenn man nur aufrichtig und ernstlich will.

Zwei Verfahren in einem Prozesse, erst ein schriftliches und dann ein mündliches: Zwei Urtheile, eins über das Factum, oder den Statum controversiæ, und ein anderes über das Recht, würde das Ziel gerade verfehlen heißen, beschwerlicher für Advokaten und Richter seyn, die Prozesse in die Länge ziehen, bedeutendere Kosten verursachen, und oft sogar das Unrecht sanctioniren.

Eine Darstellung des Factums muß natürlicher Weise der Rechtsausführung vorangehen; aber völlig sie von einander trennen, geht schlechterdings nicht, wäre äußerst

gefährlich. Wie oft geschieht es nicht, und ist auch nicht zu vermeiden, daß der eine Advokat erst in der Rechtsausführung des andern auf die Folgen aufmerksam wird, welche dieser aus dem einen oder dem andern factischen Umstand zieht, der ihm entweder unerheblich geschehen hatte oder entgangen war? Wie nun, wenn da kein Bestreiten, keine Berichtigung des Factums mehr zulässig wäre, weil der Status controversiæ einmal durch ein Urtheil festgesetzt ist? Müßte die Parthie die Unachtsamkeit ihres Advokaten mit dem Verluste ihres vielleicht guten Rechtes bezahlen? Das wäre ein unerhörter Pedantismus, ein Summum jus, summa injuria. Soll das Factum in der Appellationsinstanz wieder obgehändert werden können, wozu der kostspielige und langwierige Weg dahin? Und soll es auch für den Appellationsrichter stehen bleiben, dann wehe dem Appellanten, wenn der erste Richter auf das unrichtige Factum das Recht richtig angewendet hat!! Er ist geopfert.

Was nun das Verfahren betrifft, so genügt in allen Fällen Eines: entweder das mündliche, oder das schriftliche. Ist eine Sache so verwickelt und weitläufig, daß sie nicht mündlich verhandelt werden kann, so muß eben geschrieben werden. So ist es schon in der französischen Prozeßordnung. Aber selten tritt der Fall zum schriftlichen Prozeß ein. Wann der Schriftenwechsel geschlossen ist, wird in öffentlicher Sitzung durch einen Referenten eine Relation darüber abgestattet, welcher die Advokaten bewohnen. Am Ende der Relation steht es ihnen frei, noch kurze schriftliche Bemerkungen den Akten beizufügen. In der Rathskammer wird auf die Akten hin berathschlagt, und das Urtheil nachher in einer der nächsten Sitzungen verkündet. Wozu in diesem Prozesse noch einen mündlichen Vortrag der Advokaten? Wozu soll der Advokat mündlich wiederholen, was er schon geschrieben, wozu das Gericht anhören, was schon gelesen worden ist, und noch in der Rathskammer

gelesen werden muß? Eben so verhält es sich in den Fällen wo kein schriftlicher Prozeß nöthig ist. Der Kläger läßt dem Beklagten eine schriftliche libellirte Ladung, den Gegenstand der Klage und eine summarische Aufstellung der Rechtsmittel enthaltend, durch einen Gerichtsboten zu stellen; der Beklagte theilt hierauf diesem seine Vertheidigungsgründe, auch summarisch, mit Angabe der Urkunden, worauf er diese stützt, mit, und der Kläger kann auch hierauf noch kurz antworten. Die gegenseitigen Urkunden theilen sich die Anwälte, entweder von Hand zu Hand, oder auf der Gerichtskanzlei, zur Einsicht und Prüfung mit. Dies alles erfordert wenig Schreiberei, und dennoch sind die Advokaten dadurch hinlänglich in den Stand gesetzt, sich auf einen gründlichen mündlichen Vortrag zu rüsten. Erst jetzt, durch die mündliche Verhandlung vor Gericht, erhält dieses Kenntniß von der Sache, und früher ist es auch durchaus nicht nöthig. Nachdem das Gericht die Partheien angehört hat, läßt es sich die Akten zustellen, berathschlagt entweder darüber in der Rathskammer, oder spricht sein Urtheil gleich, wenn es sich dazu, ohne weiters, in den Stand gesetzt fühlt. So schreibt es der bestehende französische Prozedureoder vor, und eine mehr als zwanzigjährige Erfahrung in der Praxis hat die Zweckmäßigkeit seiner Verfügungen, in diesem Punkte bewährt. Man sieht hieraus, daß eine schriftliche Rechtsausführung im mündlichen Prozeß eben so unnütz als eine mündliche im schriftlichen ist, und daß die Advokaten nur mündlich wiederholen müßten, was sie schon geschrieben haben, und die Richter noch einmal zu lesen hätten, was sie schon gehört haben. Brauchen sie aber die schriftliche Rechtsausführung nicht zu lesen, so dient sie auch zu nichts, als daß sie die Advokaten vergebene Mühe, und die Partheien unnöthigerweise Geld kostet.

Kurz, eine Prozeßordnung mit zwei Prozessen statt Eines, müßte unfehlbar den Wunsch nach der alten her-

beiführen. Wir leben jedoch der Zuversicht, daß diese Besorgnis ungegründet seyn werde.

Wenn ich, M. H. bisher ihre Geduld, durch eine für Sie überflüssige Unterhaltung über das mündliche und öffentliche Verfahren in der Rechtspflege, ermüdet haben sollte, so darf ich hoffen, daß Sie mir dies, des Zweckes wegen, zu gut halten werden. Ich eile nun zum Schlusse.

Es ist heute das siebente Mal, daß ich die Ehre und das Vergnügen habe, als Präsident des königlichen Appellationsgerichtes den Vorsitz bei dieser Feierlichkeit zu führen, aber noch nie hat es am politischen Horizonte so finster dabei ausgesehen, als leider heute. Wir haben eine Epoche erlebt, gewissermaßen stürmischer und vielleicht in ihren Folgen für Europa wichtiger als selbst die französische Revolution war, welche viele unter uns aus persönlicher Erfahrung, und die Andern aus der Tradition oder Geschichte kennen. Ein großes, mächtiges und aufgeklärtes Volk, welches seine Freiheit vor vierzig Jahren schon einmal mit den schwersten Opfern erkaufte, aber nicht zu bewahren gewußt hatte, ja sogar auf dem Punkte stand, in eine schmachlichere Knechtschaft zurückzufallen, als die ältere gewesen war, ist wie der Löwe plötzlich aus seinem Schlafe erwacht, hat seine Fesseln im Grimme mit kräftigem Arme zerrissen, und seine Freiheit und seine Rechte wieder errungen. Schrecklich war der Kampf und ruhmvoll der Sieg; aber er kostete das Blut und Leben von Tausenden, und ein bald 900 Jahre altes Königshaus zum zweitenmale die Krone. Er ist eine warnende Lehre für Fürsten, die mehr auf die Befestigung der Despotie und der Priestermacht als auf die Freiheit und das Glück ihres Volkes bedacht sind, oder aber den Einflüsterungen treulofer Rathgeber Gehör geben, die ihnen das Volk als Feind des Thrones und der Religion schildern. Ein anderes, reiches und tapferes, jedoch mindermächtiges Volk ist dem Beispiele des vorigen, aber nicht ganz in gleichem Sinne, gefolgt, und



rühmt sich auf den rathenden Schutthaufen des schönen Brüssel und des reichen Antwerpen gleichfalls seines blutig erkochenen Sieges. Auch in unserem deutschen Vaterlande ist der Mißmuth und Unwille an vielen Orten in Aufruhr ausgebrochen, und hat Brand, Plünderung und Zerstörung angerichtet. Aber das bayerische Volk, aufrichtig reichsverfassungsmäßig regiert, hat sich vor dem Geiste der Empörung bewahrt, und beweist durch sein Verhalten, daß, so wie die Zeit der Noth der Probestein der Freundschaft ist, die politischen Stürme es der der Liebe und Treue der Völker gegen ihre Fürsten sind! In der vollkommensten Ruhe und mit kindlichem Vertrauen erwartet Bayern die Erfüllung seiner billigen Wünsche von der Weisheit und Gerechtigkeit seines, auf das Wohl des Landes stets bedachten Königes, indeß man in Frankreich unter dem Kampfe der Meinungen, der Intriguen und der Partheisucht, besorglich die Früchte des errungenen Sieges, eine gute und feste Regierungsform, erspartet, in Belgien unter den Gräueln der Anarchie schmachtet, und anderwärts nicht einmal den wahren Sitz seines Übels, geschweige denn die Mittel dagegen, zu finden scheint. Es ist nicht so schwer ein schlechtes Staatsgebäude einzureißen, als ein neues und besseres aufzubauen! Besonders rühmlich zeichnet sich aber der Rheinkreis in dieser bedenklichen Zeit der Ansteckung aus, und bezeugt durch seine Ruhe die Aufrichtigkeit und Beständigkeit seiner dem königl. Herrscherpaare im vorigen Jahre dargebrachten Huldigung und bewiesenen Liebe und Treue, zur Beschämung derer, die etwa Zweifel dagegen erregen möchten. Die Stimmen, welche sich da und dort in fröhlichen Gesellschaften über die Begebenheiten in Frankreich hören lassen, haben nichts Beunruhigendes, sie gelten bloß dem Siege der constitutionellen Grundsätze; und ist nicht unser erhabener König selbst der erste Freund dieser Grundsätze? ! Nein, nein, es giebt keinen Rheinbayern, der nicht unter Ludwig's constitutionellem

Scepter  
um einen  
Vaterland  
daß sie  
und dem  
So  
durch die  
mit froh  
Eifer un  
wir der  
und der  
sind, den  
sind der  
Gott  
segne jet  
des Reich



Scepter glücklich zu leben wünschte, keinen, der die Treue um einen Wechsel brechen wollte. Alle würden, wenn das Vaterland in Gefahr gerathen sollte, zu beweisen wissen, daß sie keinem Volke nachstehen, wenn es dem Könige und dem Vaterlande gilt.

So laßt uns dann, M. H., an Körper und Geist durch die genossene Ruhe und Zerstreuung gestärkt, uns mit frohem Muthе wieder unsern Amtsgeschäften mit Eifer und Gewissenhaftigkeit obliegen, und zeigen, daß wir der Huld und des Vertrauens unseres Monarchen, und der Liebe und Hochachtung unserer Mitbürger würdig sind, denn diese, und der Trost eines reinen Gewissens sind der schönste Lohn für treu erfüllte Pflicht.

Gott erhalte uns den Frieden und den König, und segne jedes seiner Unternehmen zum Ruhm und Besten des Reiches! Er lebe dreimal hoch!



The following information was obtained from the records of the Department of the Interior, Bureau of Land Management, regarding the land owned by the United States in the State of California.

The total area of land owned by the United States in California is approximately 100 million acres. This land is divided into several categories, including National Forests, National Monuments, and other public lands.

The National Forests are managed by the U.S. Forest Service and cover approximately 60 million acres. These forests provide a variety of resources, including timber, wildlife habitat, and recreational opportunities.

National Monuments are established to protect areas of scientific or historical interest. There are currently about 10 National Monuments in California, covering approximately 10 million acres.

Other public lands include BLM-administered lands, which are used for grazing, recreation, and conservation. These lands cover approximately 30 million acres.

The management of these lands is a complex task, requiring careful planning and coordination among various agencies and stakeholders. The goal is to ensure that these lands are managed sustainably, providing benefits for both present and future generations.



In demselben Verlage ist erschienen:  
Birnbäum, Joh. von, Geschichte der Stadt und  
Bundesfestung Landau. 2te durchaus umgear-  
beitete u. vervollst. Ausgabe. 2 fl.



Stamm:  
e der Erde und  
durchaus ungeat-  
2 fl.



In demselben Verlage ist erschienen:  
Birnbäum, Joh. von, Geschichte der Stadt und  
Bundesfestung Landau. 2te durchaus umgear-  
beitete u. vervollst. Ausgabe. 2 fl.





gleichen:  
e der Erde und  
durchaus ungleich:  
2 fl.

In demselben Verlage ist erschienen:  
Birnbäum, Joh. von, Geschichte der Stadt und  
Bundesfestung Landau. 2te durchaus umgear-  
beitete u. vervollst. Ausgabe. 2 fl.





...:  
e der Stadt und  
durchaus ungete-  
2 fl.

In demselben Verlage ist erschienen:  
Birnbäum, Joh. von, Geschichte der Stadt und  
Bundesfestung Landau. 2te durchaus umgear-  
beitete u. vervollst. Ausgabe. 2 fl.



der Stadt und  
durchaus ungar-  
2 fl.

In demselben Verlage ist erschienen:  
Birnbäum, Joh. von, Geschichte der Stadt und  
Bundesfestung Landau. 2te durchaus umgear-  
beitete u. vervollst. Ausgabe. 2 fl.

